

Die „Mission Impossible“ des Parlaments

Am Mittwoch den 16. März 2016 traf sich die Parlamentarische Gruppe „Schweiz-EU“, um gemeinsam mit Staatssekretär Jacques **de Watteville**, EU-Botschafter **Richard Jones** und der Europarechtsprofessorin **Christa Tobler** über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zu diskutieren. Ein Thema, das unter den Nägeln brennt. Über 30 Mitglieder des Parlaments, zahlreiche Botschafter aus EU-Mitgliedstaaten und weitere geladene Gäste interessierten sich für den Umsetzungsvorschlag des Bundesrats und die daraus entstehenden Szenarien. Die Nebs hat die Veranstaltung für die Parlamentarische Gruppe organisiert.

Staatssekretär **de Watteville** eröffnete das Panel und erklärte die Situation der Schweiz ausführlich und verständlich. Dabei wurden die Absichten des Bundesrats klarer. Er arbeite mit Hochdruck an einer gemeinsamen Lösung mit der EU, obwohl sich die Umsetzung schwierig gestaltet. Mögliche Szenarien und Zwischenschritte wurden aufgezeigt. Er deutete weiter darauf hin, dass die Schweiz aufgrund des EU-Referendums in Grossbritannien im Juni dieses Jahres in Brüssel momentan nicht zuoberst auf der Traktandenliste steht.

Richard Jones stellte fest, dass die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist. Er zeigte jedoch auf, dass die EU der Schweiz im Bereich der Migration nicht mehr Zugeständnisse machen kann, als sie Grossbritannien erlaubt. In der Übereinkunft vom vergangenen Februar zwischen dem Königreich und der EU sind weder Kontingente noch ein Inländervorrang vorgesehen. Er bestätigte auch, dass es schwierig sein wird, vor der Abstimmung auf der Insel eine Lösung zu finden. Trotzdem betonte er, dass eine Einigung möglich ist, welche der Initiative Rechnung trägt.

Christa Tobler legte ihre Sicht als Juristin dar. Die Initiative vereine zwei Elemente, die in sich unvereinbar seien: die eigenständige Steuerung mit Kontingenten und Inländervorrang auf der einen und die Verteidigung der gesamtwirtschaftlichen Interessen auf der anderen Seite. Der Auftrag an Parlament und Bundesrat komme einer „Mission Impossible“ bedrohlich nahe. De facto sieht **Christa Tobler** drei Möglichkeiten in Bezug auf den Vorschlag des Bundesrats: Erstens eine Rückweisung mit Berufung auf Nichtberücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Interessen, zweitens ein „Durchwinken“ mit den bekannten Konsequenzen für die Wirtschaft oder drittens eine Anpassung, um genau diese Risiken zu minimieren. Sie wies dabei auf die mannigfaltigen Vorschläge hin wie z.B. aus dem Tessin oder von FDP-Präsident Müller.

In der Fragerunde, moderiert von SP-Nationalrat **Martin Naef** und FDP-Nationalrätin **Doris Fiala**, haben die Teilnehmenden den Referenten auf den Zahn gefühlt. **Richard Jones** musste eingestehen, dass die Flüchtlingskrise die EU auf die Probe stelle. Aber es sei gerade in diesem Dossier, wo die Schweiz aktiv zur Lösungsfindung und damit zur Weiterentwicklung der EU beitrage. Auf die Frage, warum die Personenfreizügigkeit tabu sei, erinnerte **Jones** daran, dass sie nicht nur ein Grundpfeiler der EU sei, sondern auch viel zum Wohlstand beigetragen habe. Professorin **Tobler** erläuterte, dass bei einer einvernehmlichen Lösung über Artikel 14(2) des Abkommens über den freien Personenverkehr (FZA) der gemischte Ausschuss entscheiden würden, beide Seiten gemeinsam also, und dass hier kaum mit Kontingenten und Inländervorrang gerechnet werden darf.

Am Schluss verliessen die zahlreichen Gäste die Veranstaltung mit der Gewissheit, dass beide Seiten eine gemeinsame Lösung erreichen wollen, so schwierig diese „Mission Impossible“ auch sein mag.